

Protokoll

über die 24. Sitzung des Rates der Stadt Wedel am Donnerstag
dem 15.10.2015, im Ratssaal des Rathauses

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21:15 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion:

Herr Lutz Degener
Frau Rita Dietrich
Frau Kerstin Dorbandt
Herr Christian Fuchs
Frau Heidemargret Garling
Herr Michael C. Kissig
Herr Ulrich Kloevekorn
Herr Peter Kramer
Herr Jan Lüchau
Herr Michael Schernikau
Herr Stephan Schwartz

ab 19:10 Uhr

Fraktionsvorsitzender
1. stellv. Stadtpräsident
1. stellv. Bürgermeister

WSI:

Herr Dr. Stephan Bakan
Herr Joachim Funck
Frau Birgit Neumann-Rystow
Frau Renate Palm
Frau Ingrid Paradies
Herr Andreas Schnieber

Fraktionsvorsitzender

Stadtpräsidentin

2. stellv. Bürgermeister

Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Frau Gertrud Borgmeyer
Frau Aysen Ciker
Herr Thomas Grabau
Frau Gudrun Jungblut
Frau Petra Kärgel
Herr Olaf Wuttke

2. stellv. Stadtpräsidentin

Fraktionsvorsitzender

SPD-Fraktion:

Herr Lothar Barop
Herr Manfred Eichhorn
Frau Sophia Jacobs-Emeis
Herr Wolfgang Rüdiger

3. stellv. Bürgermeister

Fraktionsvorsitzende

FDP-Fraktion:

Herr Waldemar Herrmann
Frau Renate Koschorrek

Fraktionsvorsitzende

Fraktion DIE LINKE:

Herr Dr. Detlef Murphy
Herr Johannes Schneider

Fraktionsvorsitzender

Seniorenbeirat:

Frau Heidemarie Bohnert
Frau Dr. Sigrun Klug

Umweltbeirat:

Herr Maximilian Bruch vom

Verwaltung:

Frau Angela Gärke
Herr Rolf Jagemann
Herr Niels Schmidt
Herr Volkmar Scholz
Herr Ralf Waßmann
Frau Martina Weisser

Bürgermeister

Schriftführerin

Es fehlte entschuldigt:Jugendbeirat:

Herr Lucas Harder
Frau Marieke Leidner

Vorsitzende

Verwaltung:

Herr Jörg Amelung
Herr Klaus Lieberknecht

Es waren außerdem ca. 35 Zuhörerinnen und Zuhörer und ein Vertreter der örtlichen Presse anwesend.

Um 19:00 Uhr begrüßt die Vorsitzende, Stadtpräsidentin Frau Palm, alle Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Rates durch die Anwesenheit von 30 Ratsmitgliedern fest und eröffnet die Sitzung. Zur Tagesordnung trägt sie die folgende Änderung vor: TOP 13 wird abgesetzt, da im Haupt- und Finanzausschuss noch Beratungsbedarf besteht. Zu TOP 14 besteht bei den Fraktionen Einvernehmen, dass der TOP im öffentlichen Teil behandelt werden soll. Sie legt den TOP daher fest unter neu TOP 10.

Da zu dem TOP 12 keiner Aussprache über Öffentlichkeit oder Nichtöffentlichkeit wünscht, lässt Frau Palm über die nichtöffentliche Beratung zu den TOPs alt 11,12 und 15 abstimmen.

Der Rat beschließt einstimmig:



Beschluss

TOP 11, TOP 12 und TOP 15 (jeweils alte Reihenfolge) werden nichtöffentlich unter der neuen Reihenfolge 12, 13, 14 behandelt.

Die Tagesordnung wird in der folgenden neuen Reihenfolge beraten:

- 1.) Einwohnerfragestunde
- 2.) Protokollgenehmigung, hier: Protokoll der 23. Sitzung vom 17.09.2015
- 3.) Schriftliche Anfragen
- 4.) Nachwahl von Ausschuss- und Gremienmitgliedern
- 5.) Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Wedel für das Geschäftsjahr 2014
- 6.) Regionalpark Wedeler Au
hier: Erweiterung und Mitgliedsbeitrag
- 7.) Erhöhung des Benutzungsentgeltes für Wohnmobile auf dem Festplatz der Stadt Wedel
- 8.) B-Plan Nr. 88 "BusinessPark Elbufer Wedel"
hier: Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB
- 9.) Umbau- und Erweiterungsarbeiten EBG (abgeschlossen 2013);
hier: Finanzielle Restabwicklung
- 10.) Nordumfahrung - Ingenieurauftrag Infrastrukturplanung
- 11.) Mitteilungen und Anfragen
 - 11.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen
 - 11.2 30 km/h tagsüber auf der B 431 innerhalb geschlossener Ortschaft
 - 11.3 Öffentlichkeit/nicht Öffentlichkeit von Sitzungen
 - 11.4 Anfrage von Herrn Rüdiger - SPD-Fraktion

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit

- 12.) Protokollgenehmigung, hier Protokoll der 23. nichtöffentlichen Sitzung vom 17.09.2015
 - 13.) Grundstücksangelegenheit am Steinberg
 - 14.) Mitteilungen und Anfragen
 - 14.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen
 - 14.2 Anfragen
-

öffentlich**15.) Unterrichtung der Öffentlichkeit**

Herr Fuchs betritt den Ratssaal. Es sind nun 31 stimmberechtigte Ratsmitglieder anwesend.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet Herr Eichhorn um Abgabe einer persönlichen Erklärung. Frau Palm erteilt ihm das Wort. Herr Eichhorn erklärt, dass es in seiner persönlichen Erklärung um eine Aussage des Bürgermeisters auf dessen Bürgermeister-Kandidaten-Homepage gehen würde, in der u.a. er, Herr Manfred Eichhorn, im Zusammenhang mit der Darstellung der Strafanzeige gegen den Bürgermeister namentlich genannt wird.

Sodann verliest er zunächst den Text von der Homepage des Bürgermeisters und anschließend seine persönliche Erklärung. Beides ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Herr Eichhorn zeigt sich ob der Aussage auf der Homepage des Bürgermeisters fassungslos und erklärt, dass er sich durch die dortigen Aussagen des Bürgermeisters diffamiert fühlen würde. Er könne ja verstehen, dass Herr Schmidt, nachdem er jetzt offiziell einen kompetenten Gegenkandidaten zur Bürgermeisterwahl im Februar 2016 hat, nervös geworden ist. Allerdings könne er, Herr Eichhorn, trotzdem derartige Aussagen auf der Bürgermeister-Homepage nicht hinnehmen. Er fühlt sich durch die dortigen, ihn betreffenden Aussagen beleidigt und in seiner Ehre verletzt. Herr Eichhorn fordert Herrn Schmidt daher auf, die Aussagen von seiner Homepage herunterzunehmen und sich öffentlich bei ihm zu entschuldigen.

Herr Schmidt entgegnet, dass er nicht erkennen könne, wodurch Herr Eichhorn beleidigt worden sein solle. Der Name von Herrn Eichhorn sei lediglich in dem Zusammenhang erwähnt worden, dass seine verlesene Erklärung von Herrn Möller für eine haltlose Strafanzeige gegen den Bürgermeister verwendet worden sei. Dieses sei sofort anhand der Akte der Staatsanwaltschaft beweisbar und Herr Eichhorn hat sich auch nie öffentlich von der Verwendung der Erklärung durch Herrn Möller im Rahmen der Anzeige distanziert.

Herr Schmidt stellt in seinem anschließenden kurzen Wortbeitrag noch einmal zusammenfassend dar, dass die Staatsanwaltschaft mangels Anfangsverdacht kein Verfahren eingeleitet hatte und dass bereits mit der Eingangsbestätigung der Strafanzeige erklärt wurde, dass keine strafbare Handlung erkennbar sei.

Herr Schmidt erklärt, dass er sich des Eindrucks nicht erwehren kann, dass hier im Zuge des beginnenden Bürgermeisterwahlkampfes gegen ihn agiert wird, um seinen Ruf zu schädigen. Dass dieses offenbar die neue Art der politischen Auseinandersetzung in Wedel sein soll, macht ihn „traurig und bitter.“

Herr Eichhorn erklärt zum Wortbeitrag Herrn Schmidts, dass er seinerzeit eine reine Tatsachenzusammenfassung erstellt hatte. Wenn Herr Schmidt diese nun nutze, um die zitierten Aussagen zu veröffentlichen, sei er, der Bürgermeister, es, der die politische Kultur vergifte. Nicht umgekehrt. Er erwartet, wie eingangs erklärt, dass sein Name aus dem Text gestrichen wird und dass Herr Schmidt auch den Ausdruck „schwarzes Schaf“ ihm gegenüber zurücknimmt.

Herr Schmidt erklärt, dass er mit dem Ausdruck nicht Herrn Eichhorn persönlich gemeint hatte, wenn dieser das aber so empfinde, nimmt er diese Aussage zurück. Allerdings, so Herr Schmidt, ist irgendwann auch bei ihm das Ende der Fahnenstange erreicht. Dass er den Text auf der Homepage ändern wird, kann er nicht zusagen. Er bietet aber noch einmal an, dass Herr Eichhorn und er sich zu einem persönlichen Gespräch zusammensetzen.



Der Fraktionsvorsitzende der Grüne-Fraktion Herr Wuttke bittet, in diesem Fall auch dem Grüne-Mitglied Herrn Metz ein Gespräch anzubieten, da auch Herr Metz auf der Homepage genannt wird.

Dieses sagt Herr Schmidt gerne zu.

1.) Einwohnerfragestunde

Baumschutzsatzung

Der Wedeler Einwohner Herr Imbeck hält einen längeren Wortbeitrag zum Baumschutz und fragt, ob bekannt ist, dass die Wedeler Baumschutzsatzung analog zur Baumschutzsatzung der Stadt Lübeck geändert werden soll. Der anwesende Vorsitzende des Wedeler Umweltbeirates erklärt, dass dieses im Umweltbeirat einmal als Möglichkeit erörtert, aber nicht in die politischen Gremien eingebracht wurde.

Mehrere Fragen direkt an den Bürgermeister

Der Wedeler Einwohner Herr Halvorson stellt dem Bürgermeister zu den folgenden Themen Fragen, allerdings in einem unangemessenen Ton und in einer provokanten Art und Weise und unter Anführung falscher Tatsachen. Das führt dazu, dass die Stadtpräsidentin dem Bürgermeister, nachdem er bereits geantwortet hat, rät, auf weitere Fragen nicht mehr zu antworten. Daraufhin stellt Herr Halvorson keine weiteren Fragen.

Bei den Fragen ging es um die Themen

- Aussagen des Bundes der Steuerzahler zu den Kostensteigerungen Hafenumbau
- Angebliche Einweihungsfeier auf dem Businesspark - Elbufer -Gelände
- Möglichkeiten der Sanierung des städtischen Haushaltes unter Berücksichtigung der Abwanderung von Unternehmen aus Wedel.

Der Bürgermeister zeigt Herrn Halvorson auf, dass er sich zu allen Punkten bereits in der Öffentlichkeit geäußert hatte und dass dieses auf wedel.de nachzulesen ist und auch in der örtlichen Presse nachzulesen war.

Da von keinen weiteren Einwohnerinnen und Einwohnern Fragen gestellt werden, schließt die Stadtpräsidentin die Einwohnerfragestunde.

2.) Protokollgenehmigung, hier: Protokoll der 23. Sitzung vom 17.09.2015

Beschluss

Das öffentliche Protokoll wird bei 3 Enthaltungen und 28 Ja - Stimmen genehmigt.

3.) Schriftliche Anfragen

Schriftliche Anfragen liegen nicht vor.



4.) Nachwahl von Ausschuss- und Gremienmitgliedern

Auf Vorschlag Herrn Dr. Murphys beschließt der Rat einstimmig:

Beschluss

Als Stellvertreterin für Herrn Dr. Murphy in den Kindertagesstättenkuratorien entsendet der Rat Frau Barbara Kautz.

**5.) Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Wedel für das Geschäftsjahr 2014
Vorlage: BV/2015/086**

Vor der Beratung und Beschlussfassung zu diesem TOP verlassen wegen Befangenheit die folgenden Personen den Ratssaal:

Die Ratsmitglieder Frau Jungblut, Frau Paradies und Herr Schnieber sowie Bürgermeister Herr Schmidt.

Es sind damit 28 stimmberechtigte Ratsmitglieder anwesend.

Der Rat beschließt einstimmig:

Beschluss

Der Rat der Stadt Wedel beschließt die Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Wedel für das Geschäftsjahr 2014 gemäß § 5 Abs. 2 Nr. 6 des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-Holstein.

Nachdem die o.G. wieder den Ratssaal betreten haben, informiert Frau Palm sie über das Beschlussergebnis und stellt fest, dass wieder 31 Stimmberechtigte anwesend sind.

**6.) Regionalpark Wedeler Au
hier: Erweiterung und Mitgliedsbeitrag
Vorlage: BV/2015/093**

Herr Schernikau als Vorsitzender des Planungsausschusses trägt die Beschlussvorlage vor.

Herr Eichhorn beantragt getrennte Abstimmung zu den Punkten 1 und 2 des Beschlussvorschlags. Die SPD möchte dem Punkt 2 unmittelbar vor den anstehenden Haushaltsberatungen heute nicht zustimmen.

Herr Wuttke für die Bd.90/Grüne-Fraktion führt aus, dass im Planungsausschuss Konsens war, dass für die Zukunft versucht werden sollte, den Kreis Pinneberg als zahlendes Mitglied zu gewinnen. Bis auf wenige Ausnahmen gehören die Mitglieder überwiegend dem Kreis Pinneberg an. Obwohl die Grünen nicht vollständig von einer Erweiterung des Gebietes überzeugt sind und sich noch mehr „grüne Ideen“ in der Umsetzung gewünscht hätten, wird die Grüne-Fraktion zustimmen, da es bei dem Regionalpark in erster Linie nicht um ein Naturschutzgebiet geht, sondern um eine Öffnung der Region für Besucherinnen und Besucher.

Nach kurzer weiterer Aussprache beschließt der Rat einstimmig zu Punkt 1:



Beschluss

Der Rat stimmt folgenden Maßnahmen des Vereins Regionalpark Wedeler Au e.V. zu:

- 1. Erweiterung des Regionalparks Wedeler Au um die Gemeinden Hetlingen, Heist und Halstenbek.**

Jetzt beschließt der Rat über Punkt 2 mit 23:7:1 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen):

Beschluss

Der Rat stimmt folgenden Maßnahmen des Vereins Regionalpark Wedeler Au e.V. zu:

- 2. Beitragserhöhung für die Stadt Wedel um 5.000 €.**
Der Beitrag von dann insgesamt 30.000 € wird im Haushalt 2016 der Stadt Wedel im Produkt 5511-01000 Regionalpark Wedeler Au eingestellt.

- 7.) Erhöhung des Benutzungsentgeltes für Wohnmobile auf dem Festplatz der Stadt Wedel**
Vorlage: BV/2015/095

Herr Grabau als Vorsitzender des Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschusses trägt die Beschlussvorlage vor. Nach kurzer Aussprache beschließt der Rat einstimmig:

Beschluss

Der Rat beschließt die Erhöhung des Benutzungsentgeltes für Wohnmobile auf dem Festplatz von derzeit 6,00 € pro Nacht und Wohnmobil auf 10,00 € ab 01.01.2016.

- 8.) B-Plan Nr. 88 "BusinessPark Elbufer Wedel"**
hier: Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB
Vorlage: BV/2015/097

Herr Schernikau als Vorsitzender des Planungsausschusses trägt die Beschlussvorlage vor.

Frau Borgmeyer verlässt den Ratssaal. Es sind 30 Stimmberechtigte anwesend.

Herr Wuttke für die Bd.90/Grüne-Fraktion stellt zu Beginn seines Wortbeitrags fest, dass der B-Plan, der vermutlich nicht einstimmig beschlossen werden wird, ein „B-Plan der verpassten Gelegenheiten“ sein wird. Begonnen wurde sehr ambitioniert. Aus dem seinerzeit beschlossenen Masterplan mit „Leuchtfener-Potential“ ist ein ganz stinknormaler B-Plan für ein schleswig-holsteinisches Gewerbegebiet geworden. Der B-Plan in vorliegender Form ist schon deshalb ein „B-Plan der verpassten Gelegenheiten“, weil bestimmte ökologische Standards mehrheitlich abgelehnt wurden. Was Mitarbeiter aus dem Rathaus diesbezüglich auch schon gesagt haben, stimmt, so Herr Wuttke: „Augen zu und durch“. Leider ist das so. Ebenso abgelehnt wurde mehrheitlich, den Investoren für die Sahneseite des Geländes an der Elbe bestimmte Vorgaben hinsichtlich der Bebauung zu machen und auch abgelehnt wurde mehrheitlich, sich sehr frühzeitig mit einem Verkehrskonzept zu befassen.

Wenn man diese Tatsachen betrachtet, ist das Wedeler Klimakonzept lediglich ein Konzept der Sonntagsreden. Auch für ein Gewerbegebiet können ökologische Standards entwickelt bzw. vorgegeben werden. Die Grünen verzichten, ihren im Ausschuss vorgebrachten umfangreichen Antrag dazu heute im Rat noch einmal einzubringen. Aber aufgrund der bescheidenen Standards unter ökologischen Gesichtspunkten werden Grünen der Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Herr Eichhorn für die SPD-Fraktion verliest einen längeren Wortbeitrag, der endet mit dem Ratschlag, das zu Beginn der Planungen entworfene Poster mit dem Sahnestück aus dem Verkehr zu ziehen und durch ein Poster mit einem Streuselkuchen zu ersetzen. Zwar kann auch Streuselkuchen eine hohe Qualität haben, die SPD will aber Sahnetorte und wird daher den Beschlussvorschlag zum B-Plan auch ablehnen.

Der gesamte Wortbeitrag ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Herr Dr. Murphy für die Linke-Fraktion stellt er fest, dass man eine ehemals geplante Sahneschnitte nicht durch ein trockenes Brötchen ersetzen darf. Die Linken würden gewisse Abstriche aus der wirtschaftlichen Notwendigkeit heraus noch akzeptieren, allerdings werden die Linken keine Abstriche hinsichtlich der verkehrlichen Erschließung hinnehmen. Obwohl hinreichend bekannt war und ist, dass eine Zunahme des Verkehrs erfolgen wird, wurden bisher keinerlei Vorkehrungen getroffen. Ein weiterer Punkt für die ablehnende Haltung der Linken ist, dass die Lärmbelastung für das angrenzende Wohngebiet am Elbhochufer erheblich zunehmen wird. Die Linken werden daher nicht zustimmen.

Nach kurzer weiterer Aussprache, in der Herr Grass noch einmal kurz auf die schalltechnischen Untersuchungen eingeht, beschließt der Rat mit 19:11:0 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen):

Beschluss

Der Rat beschließt,

- 1. die während der frühzeitigen Beteiligung (§ 3 (1) BauGB), der Auslegung (§ 3 (2) BauGB) und der erneuten Auslegung (§ 4a (3) BauGB) von der Öffentlichkeit abgegebenen Stellungnahmen und die von den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß § 4 (1 und 2) und § 4a (3) BauGB abgegebenen Stellungnahmen entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung zu berücksichtigen, teilweise zu berücksichtigen oder nicht zu berücksichtigen,**
- 2. den Entwurf des Bebauungsplans Nr. 88 „BusinessPark Elbufer Wedel“ bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den Textlichen Festsetzungen (Teil B) als Satzung,**
- 3. die Begründung einschließlich Umweltbericht des Bebauungsplans Nr. 88 „BusinessPark Elbufer Wedel“ zu billigen.**

Frau Borgmeyer ist wieder anwesend, damit sind wieder 31 Stimmberechtigte im Ratssaal.

- 9.) Umbau- und Erweiterungsarbeiten EBG (abgeschlossen 2013);
hier: Finanzielle Restabwicklung
Vorlage: BV/2015/100**
-

Nachdem Herr Dr. Bakan als Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses die Beschlussvorlage vorgetragen hat, beschließt der Rat einstimmig:

Beschluss

Der Rat beschließt, für die finanzielle Restabwicklung des in den Jahren 2012 bis 2013 erfolgten Umbaus der damaligen Regionalschule Wedel und heutigen Ernst-Barlach-Gemeinschaftsschule (hier: 11. BA, Foyer und Außenfahrstuhl) insgesamt 33.360 € im Budget 2182-02703 außerplanmäßig zur Verfügung zu stellen.

Die Deckung erfolgt zum einen durch Verringerung des Budgets 5730-01702 (Investitionen Bauhof, hier: Bau eines neuen Salzlagers) um 14.160 € und zum anderen durch Verringerung des Budgets 2182-01707 (Kauf von 2 Klassenraum-Containern für die Gebrüder-Humboldt-Schule) um 19.200 €.

10.) Nordumfahrung - Ingenieurauftrag Infrastrukturplanung Vorlage: BV/2015/106

Herr Schmidt trägt die aktuelle Fassung der Beschlussvorlage vor und appelliert an die Ratsmitglieder trotz ablehnender Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses heute dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Frau Koschorrek verliest eine längere Stellungnahme für die FDP-Fraktion. Die FDP bekennt sich ausdrücklich zur aktuellen Nordumfahrungsplanung, weil die Politik nach Auffassung der FDP dieses den Bewohnerinnen und Bewohnern der Altstadt schuldig ist. Der gesamte Wortbeitrag ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Der nächste Redner ist Herr Schnieber für die WSI-Fraktion. Auch er verliest seinen längeren Wortbeitrag hierzu unter Ankündigung, dass die WSI mehrheitlich dem Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht zustimmen wird. Die WSI wird eine millionenschwere Nervenberuhigungsspielle für die Altstadtbewohner, wissend dass es tatsächlich in den nächsten Jahren nicht zu einer merklichen Entlastung durch eine Umgehungsstraße kommen wird, nicht mittragen. Seriöse Stadtentwicklung, so Herr Schnieber, sieht anders aus. Der gesamte Wortbeitrag ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Schernikau für die CDU-Fraktion zeigt noch einmal die chronologische Entwicklung „Südmühung / Nordumgehung“ auf. Da man 2008 erkannt hatte, dass man mit einer Südmühung den gewünschten Erfolg nicht erreichen konnte, da die Wachstumsgebiete und Entwicklungsmöglichkeiten für Wedel im Norden liegen - gerechnet wird mit einer realistischen Ausdehnung von 50-55 ha - wurde die Nordumfahrung im Konsens in den F-Plan aufgenommen. Insofern ist er über die jetzige Entwicklung verwundert.

An Herrn Schnieber gewandt, erinnert er daran, dass ein Arbeitskreis Nordumfahrung gebildet wurde, in dem der von Herrn Schnieber erwähnte Investor seine Pläne vorgestellt hatte. Wenn man außerdem mit den verunsicherten Anwohnerinnen und Anwohnern der Stadt reden würde, hätte man von den Investorenplänen hören können.

Ebenso verwunderlich ist, dass die Grünen und die SPD nun in der Presse verkünden, dass eine Umgehungsstraße auch bei einem Ausbau von Wedel Nord gar nicht unbedingt erforderlich sein würde. Das ist eine deutliche Abkehr von der bisherigen Haltung der Fraktionen.

Herr Eichhorn entgegnet, dass die SPD -Fraktion 90 % dessen, was Frau Koschorrek geäußert hat, mittragen kann. Aber: Es hieß bisher immer, dass Planungen

Voraussetzungen sind, um überhaupt in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen werden zu können. Das war für die SPD nachvollziehbar. Nun heißt es plötzlich, dass auch mit einer entsprechenden Planung die Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan nicht vor den nächsten 10-15 Jahren erwartet werden kann. Das würde bedeuten, dass Wedel, wenn man weiter kommen wollte, selber 30 Mio Euro in die Hand nehmen müsste. Das ist utopisch. Daher muss jetzt neu überlegt werden, auch in Richtung einer zumindest teilweisen Kostenübernahme durch einen Investor. Jetzt selber weiter planen, wissend, dass sich nahezu 1 ½ Jahrzehnte danach nichts tut, nennt man „Geld zum Fenster hinaus werfen“.

In der weiteren kontroversen Debatte macht Herr Kissig deutlich, dass seines Erachtens kein Wohngebiet geplant werden kann ohne Erschließungsstraße. Auch die CDU hofft, dass ein Investor Kosten für die Erschließungsstraße in Teilen übernehmen würde, aber er hofft auch, dass die Politik sich auch für eine Teilübernahme durch die Stadt aussprechen wird, wenn der Investor sein Konzept vorgestellt hat. Wedel finanziert nur vor, eine Abgabe der Kosten an den Bund muss nach Vorstellung der CDU das Ziel sein. Die CDU will auch eine Komplettentlastung für die Altstadt. Einen Teil durch die Umgehung und einen Teil durch Verteilung des Verkehrs.

Herr Dr. Murphy kündigt an, dass die Linken auch ablehnen werden. Das bedeutet aber in keinem Fall, dass die Linken gegen eine Entwicklung von Wedel Nord sind, dass die Linken gegen Flüchtlinge sind oder gar, dass die Linken damit die Stadt Wedel schädigen und sich gegen Wedel aussprechen. Aber heute einen Millionenbetrag investieren in dem Bewusstsein, dass eine Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan frühestens in 10 Jahren möglich sein könnte, lehnen die Linken ab.

Herr Wuttke erklärt auf den Vorwurf Herrn Schernikaus, dass u.a. die Grüne-Fraktion sich von ihrer bisherigen Haltung abgekehrt hat, dass man irgendwann realisieren muss, dass eine Entlastung der Altstadt auch nach Jahren der Diskussionen zu der einen oder anderen Umfahrungsvariante weder erkennbar noch absehbar ist. Die Grünen sind auch dafür, dass Wedel Nord entwickelt werden soll. Den Grünen ist auch bewusst, dass es eine weitere Entwicklung geben muss als die bisherige Bündtwiete-Lösung“. Die Grünen sehen auch, dass die Bündtwiete bei weitem nicht ausreichend ist. Aber zu Bedenken ist auch, dass das Argus-Verkehrsgutachten von 2010 deutlich feststellte, dass ein sehr großer Teil des Verkehrs in Wedel der Ziel- und Quellverkehr, nicht aber der Durchgangsverkehr ist. Die Grünen verkennen natürlich nicht, dass die Politik den Altstadtbewohnerinnen und Bewohnern verpflichtet ist hinsichtlich einer Verkehrs- und damit auch Gefährdungsentlastung. Dummerweise leben aber an der Pinneberger Straße auch Wedelerinnen und Wedeler. Eine einfache Verlagerung des Verkehrs von A nach B macht daher wenig Sinn. Es ist nicht so einfach, wie es einige gerne darstellen. Nach Überzeugung der Grünen muss den Menschen in der Altstadt die Wahrheit gesagt und nicht länger ein Märchenbild vorgemacht werden. Auch die CDU weiß genau, so Herr Wuttke, dass eine bisher diskutierte volle Entlastung der Altstadt nicht kommen wird.

Jetzt einen Millionenbetrag für Planungen in die Hand zu nehmen, obwohl bekannt ist, dass sich trotzdem für einen sehr langen Zeitraum nichts tun wird, werden die Grünen nicht mittragen. Auch, wenn sie sich dafür Backpfeifen von den Altstadtbewohnerinnen und -bewohnern abholen müssen. Die Grünen wollen gerne zusammen mit den Betroffenen der Altstadt über andere, alternative Lösungen sprechen. Es müssen neue Lösungen aufgetan werden. Die Grünen wollen damit jetzt beginnen. Auf den Vorwurf Herrn Schernikaus, dass die Grünen ihre bisherige Haltung nun plötzlich ändern, stellt Herr Wuttke fest: Die Grünen ändern sich, weil sich auch die Welt ändert.

In der weiteren Diskussion weist Herr Schernikau darauf hin, dass viele Punkte der Stadtentwicklung zusammenhängen und die Politik daher ja auch schon seit 2011 unter dem Aspekt „Wohnen und Arbeiten in Wedel“ Ideen und Pläne entwickelt. Aber jetzt einen Teilaspekt aus dem Gesamtkonzept herauszunehmen, kann seiner Meinung nach nicht funktionieren.

Schließlich beschließt der Rat mit 14:17:0 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen):

Beschluss

Der Beschlussvorschlag wird abgelehnt.

11.) Mitteilungen und Anfragen

11.1.) Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen

Es gibt keinen Bericht der Verwaltung.

11.2.) 30 km/h tagsüber auf der B 431 innerhalb geschlossener Ortschaft Vorlage: MV/2015/079

Herr Schmidt erläutert kurz die Mitteilungsvorlage. Herr Wuttke hofft, dass mit der Aussage des Bürgermeisters „Tempo 30 tagsüber“ nicht gemeint ist **nur** tagsüber, sondern Tag und Nacht. Er fragt Herrn Schmidt außerdem, ob die Überlegung, das Projekt zeitlich zu befristen, vom Tisch ist.

Herr Schmidt antwortet, dass es bei verkehrsrechtlichen Anordnungen dieser Art keine Befristung gibt. Man wird die Entwicklung beobachten und ggf. wieder an die Politik mit entsprechenden Ergebnissen herantreten.

Nach kurzer weiterer Aussprache nimmt der Rat die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

11.3.) Öffentlichkeit/nicht Öffentlichkeit von Sitzungen Vorlage: MV/2015/091

Der Rat nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

11.4.) Anfrage von Herrn Rüdiger - SPD-Fraktion

Herr Rüdiger geht auf einen Artikel des Wedel-Schulauer-Tageblatts zur Nordumfahrung ein, in dem die CDU behauptet, dass ein Investor bereit stünde, der die Erschließung im Norden von Wedel mit einem Wohnungsbauprojekt mit Erschließungsstraße für insgesamt 8 Millionen bauen würde, die eine Entlastung für die Altstadt bringen könnte. Nach Aussagen den Planungsausschussvorsitzenden Herrn Schernikau soll dieses schon besprochen worden sein.

Herr Rüdiger fragt die Verwaltung, ob bekannt ist, ob das Projekt schon in Ausschüssen oder irgendwie von wem auch immer schon verhandelt wurde.

Herr Schmidt antwortet, dass ihm bekannt ist, dass ein Investor 90 % der betroffenen Grundstücke erworben hat. Geplant ist jetzt, dass der Investor das Projekt in der AG Nord vorstellen soll. Anschließend soll die Vorstellung im Planungsausschuss erfolgen.



Da keine weiteren Fragen gestellt werden, schließt die Stadtpräsidentin zu den TOP 12, 13 und 14 die Öffentlichkeit aus.

15.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

Frau Palm unterrichtet die Öffentlichkeit über den unter TOP 13 gefassten Beschluss wie folgt:

Der Rat hat die Nutzung einer ca. 1.739 m² großen unbebauten Fläche auf dem rückwärtigen Teilstück der im Bebauungsplan Nr. 37 Am Redder, 3. Änderung "Teilbereich Steinberg" festgesetzten WA-Fläche (Allgemeines Wohngebiet) an der Straße Steinberg für den Bau eines Gebäudes zur Schaffung einer zusätzlichen städtischen Unterkunft für ca. 70 Personen im Wege eines Eigenbaus auf dieser im Eigentum der Stadt verbleibenden Teilfläche beschlossen.

Um 21:15 Uhr verabschiedet die Stadtpräsidentin alle Anwesenden und schließt die Sitzung.

Stadtpräsidentin

Martina Weisser
Schriftführer/in

Datum der
Unterschrift

